©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

BEATRICE HEUSER

SUBVERSIVE OPERATIONEN IM DIENSTE DER „ROLL-BACK"-POLITIK 1948–1953[1]

Im Laufe des Jahres 1948 konzipierten die USA und Großbritannien die Politik, die später „Roll-back"-Politik genannt wurde. Ende des gleichen Jahres begannen die beiden Mächte mit ihrem Versuch, diese *liberation policy*, „Befreiungspolitik", in die Tat umzusetzen. Es ging dabei um nichts weniger als den Versuch, die von der Sowjetunion beherrschten Gebiete Osteuropas zu befreien. Die „Befreiungspolitik" war in beiden Ländern auf höchster Ebene gutgeheißen worden: in den USA von den Präsidenten Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower, in Großbritannien von Außenminister Ernest Bevin und wahrscheinlich auch von Premierminister Clement Attlee selbst. Die USA und Großbritannien wollten diese politische Konzeption verwirklichen, indem sie Widerstandsbewegungen in den osteuropäischen Ländern durch Waffenlieferungen und Propaganda unterstützten, aber auch antikommunistische Exilanten einschmuggelten, die dort Widerstand organisieren sollten. Da neben Propagandaaktionen eben auch jene verdeckten Operationen standen, die meist vom amerikanischen und britischen Geheimdienst geplant und durchgeführt wurden, ist es schwer, für diese Politik Belege zu finden, und nur selten ist es möglich, deren Durchführung auch nachzuweisen[2].

Trotzdem lassen sich für die ersten Jahre genügend Mosaiksteine finden und zu einem wenigstens in einigen Partien deutlichen Bild der Formulierung und Durchführung dieser „Befreiungspolitik" zusammenfügen.

Innerhalb von zwei, drei Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelte sich bei den westlichen Alliierten ein Gefühl der Bedrohung durch ihren ehemaligen sowjetischen Verbündeten. Es soll hier nicht näher auf die Entstehung und Berechti-

---

[1] Dem Aufsatz liegt ein Vortrag zugrunde, der im Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin gehalten wurde. Der Verfasser ist für finanzielle Unterstützung seiner Forschung dem North Atlantic Council, St. John's College, Oxford, sowie dem Economic and Social Research Council Großbritanniens zu Dank verpflichtet.

[2] Die „Befreiungspolitik" ist in den Grenzen des damals verfügbaren Materials dargestellt worden von Bennett Kovrig, The Myth of Liberation, Baltimore 1973, und John Yurechko, From Containment to Counteroffensive, Diss. Berkeley 1980. Yurechkos Arbeit ist ein wichtiger Beitrag und hätte größere Publizität verdient. Nicholas Bethell, The Great Betrayal, London 1984, behandelt den Einzelfall Albaniens. Harry Rositzke, der bei der CIA gearbeitet hat, berichtet über diese Politik in: The CIA's Secret Operations – Espionage, Counter-Espionage and Covert Action, New York 1977, und in: America's Secret Operations: A Perspective, in: Foreign Affairs LIII/2 (Jan. 1975), S. 334 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung dieses Eindrucks eingegangen werden, es genügt festzustellen, daß die britische und die amerikanische Regierung – alarmiert durch ihre Militärs[3] und ihr Moskauer Botschaftspersonal[4] – zu befürchten begannen, Stalin wolle seinen Einflußbereich nach und nach über das bei Kriegsende kontrollierte Gebiet hinaus ausdehnen. Man war zwar der Ansicht, dessen expansionistische Ziele kennten keine Grenzen, aber man glaubte nicht, daß Stalin dafür einen Krieg oder gar einen Weltkrieg riskieren würde; daß er aber ganz gewiß zu Methoden der Subversion, des Bürgerkriegs und der politischen Erpressung greifen würde, davon war man überzeugt. Für die fernere Zukunft, für eine Zeit, in der die UdSSR über Atomwaffen verfügen würde, mit denen sie die Abschreckung durch das amerikanische Nuklear-Monopol in Frage stellen konnte, mochte man in London und Washington sogar einen Angriffskrieg Stalins nicht ausschließen[5].

Auf diese vermutete Bedrohung hin entwickelten Großbritannien und die Vereinigten Staaten parallel eine allgemeine politische Strategie, die in den USA *containment policy*, Eindämmungspolitik, genannt wurde, die aber in Großbritannien genauso existierte. Die beiden Regierungen hatten damals eine bemerkenswert ähnliche Sicht der sowjetischen Bedrohung und eine bemerkenswert ähnliche Reaktion darauf[6], wobei Großbritanniens Labour-Regierung die Administration Harry Trumans womöglich sogar behutsam führte[7]. So war es zum guten Teil der Einfluß Ernest Bevins, der Truman dazu bewog, von einer Interpretation der Eindämmungspolitik abzukommen, die feste militärische Verpflichtungen (in der Form von Verteidigungsbündnissen) ablehnte. Zwar fand Bevin in Washington Verständnis und Sympathie vor, besonders bei Außenminister Dean Acheson, aber ohne Bevins Einfluß wäre das nordatlantische Bündnis in seiner heutigen Form kaum zustande gekommen[8].

---

[3] Elisabeth Barker, Churchill and Eden at War, London 1978, Teil IV, insbes. S. 246 ff.; vgl. auch Julian Lewis, British Military Planning for Post-War Strategic Defence, 1942–1947, Diss. Oxford 1981; Daniel Yergin, The Shattered Peace, London 1978, S. 67 ff.; Victor Rothwell, Britain and the Cold War, London 1982, S. 85 ff., insbes. S. 115.

[4] Foreign Relations of the United States (im folgenden: FRUS) 1946/VI, S. 969 ff., Kennans „Long Telegram" vom 22. Februar 1946. Zu Kennans Einfluß s. Louis Halle, The Cold War as History, London 1967, S. 105, und John Lewis Gaddis, Strategies of Containment, New York 1982. Zu Sir Frank Roberts' Einfluß vgl. Elisabeth Barker, The British Between the Superpowers, 1945–1950, London 1983, S. 44 f.; Rothwell, Britain, S. 247 ff.; Ray Merrick, The Russia Committee of the British Foreign Office and the Cold War, 1946–1947, in: Journal of Contemporary History XX/3 (Juli 1985).

[5] Rothwell, Britain, S. 255 ff. Der NSC-Report vom 30. März 1948 in FRUS 1948/I, Teil 2, S. 546, das britische Bastion Paper des Foreign Office von Juli/August 1948, in: Public Record Office, Richmond, Surrey (im folgenden: PRO), FO 371/72196, R 10197/8476/G.

[6] Gaddis, Strategies, Kap. 2 und 3; Barker, The British, S. 79 ff.; Merrick, Russia Committee, S. 453 ff.

[7] Peter Boyle, The British Foreign Office and American Foreign Policy, 1947–1948, in: American Studies XVI/3 (1982), S. 373 ff.

[8] Vgl. hierzu Boyle, Foreign Office; Barker, The British, Kap. 5 und 6; Alan Bullock, Ernest Bevin, Foreign Secretary, Oxford 1983, Teil IV; Martin Folly, Breaking the Vicious Circle: Britain, the United States, and the Genesis of the North Atlantic Treaty, in: Diplomatic History XII/I (Winter 1988), S. 59 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gewisse Unterschiede zwischen den Auffassungen der beiden Verbündeten bestanden jedoch bis zum Ende des Jahres 1948 (und wieder nach 1951). Churchill hatte 1944 mit der Moskauer Prozent-Vereinbarung *(percentages agreement)* implizit das Konzept der Interessensphären anerkannt, als er mit Stalin aushandelte, welchen Einfluß die beiden Mächte auf die osteuropäischen Staaten haben sollten. Der Premierminister hatte dazu zwar weder sein Kabinett noch das Parlament konsultiert[9], aber sein Denken stand dabei fest in der pragmatischen Tradition britischer Außenpolitik, nach der einzig die Bedrohung britischer Interessen Grund für Konflikte mit anderen Mächten sei und gemäß der nützliche Arrangements aus ideologischen Gründen allein nicht ausgeschlagen wurden. Auch Anthony Eden war als Churchills Außenminister an den Moskauer Verhandlungen beteiligt gewesen. Er empfand sie keineswegs als *appeasement of dictators*: Die Prozent-Vereinbarung wurde von Churchill und Eden nicht als Schwäche Großbritanniens im Konflikt mit einem ideologischen Gegner angesehen, sondern als das pragmatische Abkommen zweier Großmächte darüber, wie man sich gegenseitig nicht ins Gehege komme. Churchill und Eden hielten es damals also durchaus noch für möglich, daß Stalin sich auf seine Interessensphäre beschränken und die Interessen des britischen Empire nicht bedrohen würde.

Noch Mitte 1948 war die von Attlee und Bevin geführte Labour-Regierung, die die von den Konservativen dominierte Kriegsallianz unter Churchill und Eden abgelöst hatte, lediglich dazu bereit, sich für eine Verteidigung der Staaten an der Peripherie des sowjetischen Herrschaftsbereichs einzusetzen, aber sie spielte nicht mit dem Gedanken, Stalins Herrschaft jenseits des Eisernen Vorhangs in Frage zu stellen. Diese Grundhaltung der britischen Regierung wurde in einem als „Bastions Paper" bezeichneten Dokument vom Sommer 1948 dargelegt[10]. Das Dokument spiegelte zwar die inzwischen gewachsene Überzeugung wider, daß Stalin versuchen würde, die von den Briten akzeptierte Trennungslinie zwischen Ost und West zu überschreiten. Aber immer noch zeigte sich darin eine rein defensive Haltung der britischen Labour-Regierung, die keinen Grund dafür sah, eine ideologische Kontroverse auszufechten.

Diese implizite Anerkennung von Interessensphären entsprach jedoch nicht der vorherrschenden amerikanischen Einstellung. In einer anderen, auf die Ideale der Pilgerväter zurückgehenden, Tradition und in einem anderen Selbstverständnis wurzelnd, waren die Vereinigten Staaten seit ihrer Entstehung von ihrer moralischen Überlegenheit überzeugt. Die langjährige Abkapselung von der korrupten Alten Welt im Zeichen der Monroe-Doktrin erfolgte unter der Prämisse, daß sich allein auf diese Weise die amerikanischen Ideale von Freiheit und Demokratie gegen per-

---

[9] Martin Gilbert, Winston Churchill, Bd. VII: Road to Victory – 1941–1945, London 1986, S. 991 ff.; David Carlton, Anthony Eden, London 1981, S. 244 f.

[10] Das Bastion Paper ist bislang von der Geschichtsschreibung vernachlässigt worden. Vgl. hierzu Beatrice Heuser, Western Containment Policies in the Cold War – the Yugoslav Case, 1948–1953, London 1989, Kap. 1.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

niziöse Einflüsse aus der Alten Welt behaupten könnten. Der amerikanische Isolationismus und die Anerkennung von Interessensphären durch die USA vor dem Ersten Weltkrieg und während der Zwischenkriegszeit ließen sich in einer Epoche weltumspannender Konflikte jedoch nicht durchhalten. Wenn aber die Welt die USA gegen deren Willen in Konflikte hereinriß, dann mußte die Welt eben verändert werden – in Woodrow Wilson's berühmten Worten aus dem Ersten Weltkrieg: „Die Welt muß für die Demokratie sicher gemacht werden." Die Übernahme amerikanischer Ideale und Regierungsmethoden würde, so dachte man in Washington, eine solche Veränderung zum Guten bewirken und zu einem dauerhaften Weltfrieden führen[11].

Hinzu kam, daß der politische Wertekodex der USA auf der festen Überzeugung beruhte, daß die gesamte Menschheit – wenn ihr nur die Wahl gelassen würde – das freiheitlich-demokratische Regierungssystem westlicher Provenienz dem „Joch des Kommunismus und Totalitarismus", wie es nach dem Zweiten Weltkrieg ausgedrückt wurde[12], vorziehen würde. Den Vereinigten Staaten kam dabei in ihrer eigenen Sicht die Rolle des Bannerträgers westlicher Werte zu. Dieses amerikanische Sendungsbewußtsein war nun allerdings nicht weniger global in seinen Geltungsansprüchen als das sowjetische. Ausdrücklich wurde nämlich, wie wir sehen werden, die weltweite Durchsetzung westlicher Ideale als langfristiges Ziel amerikanischer Außenpolitik benannt.

So enthielt die amerikanische Eindämmungspolitik nach 1947 einen missionierenden, über die eigene Hemisphäre weit hinausreichenden Anspruch: Wenn der Weltfriede durch die UdSSR bedroht war, so mußte eben nicht nur alles getan werden, um deren befürchtete Expansion zu verhindern: die Sowjetunion selbst mußte geschwächt werden, indem sie aus dem Bereich, den sie bereits beherrschte, zurückgedrängt wurde[13]. Danach konnten die „befreiten" Gebiete zur Demokratie bekehrt werden. So erklärte der amerikanische Außenminister George Marshall am 17. März 1948 einigen amerikanischen Botschaftern: „[The] ultimate United States objectives toward Sov[iet] Balkan satellites – Yugoslavia, Albania, Bulgaria, Rumania and Hungary – may be summarized as [the] establishment [of] those states as democratic independent members [of the] family of nations, under conditions guaranteeing [their] people's (sic!) effective enjoyment [of] human rights and non-discrimination against US interests and interests of other peace-loving states." Der Außenminister hob hervor, daß die Amerikaner auf eine Befreiung Osteuropas von der „totalitären sowjetischen Balkan-Hegemonie" hofften, „die den Willen der demokratischen Mehrheit unterdrücke"[14]. Diese vermutete Unzufriedenheit wurde

[11] Zur Logik der Kennanschen Containment-Politik vgl. NSC 20/1 vom 18. August 1948 in: Thomas Etzold, John Gaddis (Hrsg.), Containment – Documents on American Policy and Strategy, 1945–1950, New York 1978, S. 173 ff.

[12] Frank Ninkovich, The Diplomacy of Ideas, Cambridge 1981, S. 8 ff. und S. 61 ff.

[13] Ebenda, S. 164 ff. Vgl. NSC 7 vom 30. März 1948.

[14] George Marshall an den amerikanischen Botschafter in Jugoslawien, 17. März 1948, FRUS 1948/IV, S. 312.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von der amerikanischen Regierung durch Radiosendungen der *Voice of America* geschürt[15].

Aber darauf beschränkten sich die amerikanischen Maßnahmen nicht. Ein von Truman bestätigtes *policy-paper* des *National Security Council* (NSC 7 vom 30. März 1948), das mit der Bestätigung durch den Präsidenten Gesetzescharakter erlangte, trug den Titel „The position of the United States with Respect to Soviet-Directed World Communism". Hier hieß es: „[...] the USSR is attempting to gain world domination [...] A defensive policy cannot be considered an effectual means of checking the momentum fo communist expansion and inducing the Kremlin to relinquish its aggressive designs [... Instead,] the United States has open to it the organization of a worldwide counter-offensive against Soviet-directed world communism [...] The United States should [... aim] at undermining the strength of the communist forces in the Soviet world [...], develop a vigorous and effective ideological campaign [...], develop and [...] carry out a coordinated program to support underground resistance movements in countries behind the iron curtain, including the USSR." Darüber hinaus sollten Gelder bereitgestellt werden, „um den von der Sowjetunion gelenkten Weltkommunismus zu bekämpfen"[16].

Dieses *policy-paper* ist in Verbindung zu sehen mit der Direktive NSC 10/2 vom 18. Juni 1948, mit der eine neue CIA-Abteilung für „Special Projects" geschaffen wurde. Sie bekam den Auftrag, in Friedenszeiten verdeckte Operationen zu planen und durchzuführen: „[...] ‚covert operations' are understood to be all activities [...] which are conducted or sponsored by this government against hostile foreign states or groups or in support of friendly foreign states or groups but which are so planned and conducted that any US Government responsibility for them is not evident [...] and that if uncovered the US Government can plausibly disclaim any responsibility for them. Specifically, such operations shall include [...] propaganda; economic warfare; preventive direct action, including sabotage, anti-sabotage, demolition, and evacuation measures; subversion against hostile states, including assistance to underground resistance movements, guerillas and refugee liberation groups [...]." Offene Kriegshandlungen sollten allerdings ausgeschlossen bleiben[17]. Es muß unterstrichen werden, daß, wie noch zu zeigen sein wird, diese politische Strategie während der Amtszeit Trumans formuliert und auch verschiedentlich angewandt worden ist, obwohl Eisenhower und sein Außenminister Dulles in ihrer Wahlpropaganda 1952 den Anschein erweckten, die Politik Trumans sei lediglich passiv und defensiv gewesen[18].

Die amerikanische Regierung machte sich also eine Politik zu eigen, die bewußt die Politik des sowjetischen Gegners nachahmen sollte. Der *National Security Coun-*

[15] Kovrig, Myth of Liberation, S. 80 ff.

[16] FRUS 1948/I, Teil 2, S. 546 ff., s. auch Ninkovich, Diplomacy, S. 139 ff.

[17] Etzold/Gaddis, Containment, S. 125 ff. Das Chatham House definierte Kalten Krieg als „all mischief short of war".

[18] Yurechko, From Containment, S. 134 f., S. 156 ff., S. 299 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cil sah eine „weltweite Gegenoffensive", einschließlich der „Befreiungspolitik", als einzige Möglichkeit an, die „weltweite Fünfte Kolonne" des von der Sowjetunion geführten Weltkommunismus' zu besiegen. Die Begründung lautete: „Eine defensive Politik, die versucht, überall stark zu sein, läuft das Risiko, überall schwach zu sein."[19] Dem lag die Auffassung zugrunde, daß die kommunistischen Parteien in Westeuropa unmittelbare Werkzeuge Stalins seien, mit denen dieser versuche, Länder wie Frankreich und Italien aus der „freien Welt" herauszubrechen und unter kommunistische Herrschaft zu bringen. Obendrein sahen London und Washington zu diesem Zeitpunkt im griechischen Bürgerkrieg einen von Stalin unterstützten kommunistischen Subversionsversuch eben jener Art, wie die USA sie jetzt planten[20]. Daß diese Interpretation eine Fehleinschätzung war, konnte man im Westen damals noch nicht ahnen. Die amerikanische „Befreiungspolitik" wurde von ihren Urhebern also als Vergeltung von Gleichem mit Gleichem empfunden[21].

Während die Briten in der Formulierung defensiver Maßnahmen gegen die sowjetische Bedrohung den Vereinigten Staaten vorangingen, entwickelten sie erst etliche Monate nach den USA das Konzept einer „Befreiungspolitik", die sie womöglich noch stärker als jene als Gegenoffensive verstanden. Dabei ist zu bemerken, daß die Labour-Regierung damit von Churchills Interessensphären-Pakt mit Stalin, dem *percentages agreement*, abging, und zwar ebenfalls in der Annahme, Stalin halte sich im Falle Griechenlands und auch anderswo nicht an diese Abmachung.

Am 25. November 1948 stellte Robert Hankey, einer der führenden Beamten des britischen Foreign Office, seinen Kollegen im „Russia Committee" ein Programm vor, nach dem britische Politik gegenüber „der sowjetischen [Macht-]Sphäre in Europa" nicht mehr rein defensiv bleiben, sondern, ohne allerdings in einen „heißen Krieg" umzuschlagen, offensiv werden sollte. Hankeys Vorschläge fanden allgemeine Zustimmung. Die kriegerische Stimmung des Treffens spiegelt sich in der Forderung des Oberbefehlshabers der Luftwaffe Lord Tedder wider, daß, wie er sagte, „wir es uns zum Ziel setzen sollten, den Kalten Krieg innerhalb von fünf Jahren zu gewinnen (womit er den Sturz des sowjetischen Regimes meinte)".

In der Diskussion gab einer der ranghöchsten Diplomaten, *Deputy Under-Secretary of State* Sir Ivone Kirkpatrick, zu bedenken, daß Großbritanniens finanzielle Lage und auch die öffentliche Meinung es wohl ratsam machten, „jegliche Art von Offensivoperationen zunächst in einem kleinen Gebiet zu beginnen". Dabei nannte er Albanien. Wäre es nicht möglich, regte er an, hier einen Bürgerkrieg anzufangen? Er sah darin ein Gegenstück zum griechischen Bürgerkrieg, von dem man ja annahm, die Sowjetunion habe ihn entzündet und fache ihn weiterhin an. Gladwyn Jebb, der Vorsitzende des Komitees, gab zu bedenken, daß die Beobachter der Vereinten Nationen in Griechenland von solchen westlichen Operationen in Albanien gewiß hören und sie an die Öffentlichkeit bringen würden. Daraufhin kam Sir Ivone

[19] Etzold/Gaddis, Containment, S. 166.
[20] Vgl. das Bastion Paper; wie Anm. 5.
[21] Vgl. Anm. 13.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kirkpatrick auf den Gedanken, die Operation von albanischen Widerstandsgruppen durchführen zu lassen. Kirkpatricks Vorschlag wurde angenommen, und die Mitglieder des Komitees kamen überein, das Vorhaben mit den Amerikanern zu koordinieren[22].

Damit schwenkte die britische Regierung ebenfalls zur „Befreiungspolitik" über. Die gemeinsame anglo-amerikanische Operation in Albanien wurde zum bekanntesten Versuch ihrer Umsetzung. Mitte Februar 1949 gab Ernest Bevin grünes Licht für das Projekt, dessen Ziel es war, Albanien von der sowjetischen Machtsphäre abzutrennen[23]. Julian Amery, einer der drei Hauptorganisatoren dieses Unternehmens auf britischer Seite, strich dessen Vergeltungscharakter heraus: „Stalin versuchte, die pro-westliche Regierung in Athen zu stürzen, deshalb, so glaube ich, haben wir das Recht, den Versuch zu machen, die pro-sowjetische Regierung in Tirana oder sogar in Sofia zu stürzen, wenn wir das wollen."[24]

Es ist noch ungeklärt, ob die Briten die Amerikaner auf diese Idee gebracht haben oder ob diese selbst an eine solche Möglichkeit gedacht hatten. Ende März 1949 hatte der griechische Kriegsminister jedenfalls bereits von einer amerikanischen Beteiligung an einer „indirekten Operation in Albanien" Kenntnis[25]. Das früheste auffindbare amerikanische Dokument zu diesem Projekt ist das Protokoll einer Sitzung des *Policy Planning Staff* im State Department. Es trägt das Datum des 1. April 1949. Dort wurde beschlossen, Aktivitäten zu starten, um zur Etablierung eines neuen Regimes in Albanien – und, falls möglich, auch anderswo – beizutragen, das „anti-kommunistisch und deshalb pro-westlich" sein würde. Dazu sollte umfassender Gebrauch von den Flüchtlingsorganisationen gemacht werden, „representing the various free movements within the satellite countries. Assistance and, wherever possible, support should be given to elements within the captured countries which represent a weakness in the political control within the Russian orbit."[26]

Das fügte sich nahtlos in die schon zuvor von der amerikanischen Regierung formulierte „Befreiungspolitik". Jetzt war allerdings nicht mehr von der Einsetzung demokratischer Regierungen in Osteuropa die Rede, vielmehr hätten sich die USA auch mit jedem anderen antikommunistischen Regime abgefunden. Im Falle Albaniens waren die Exilanten beispielsweise bestrebt, die Monarchie wiederzuerrichten[27].

Die Pläne für Albanien wurden am 14. September 1949 zwischen Ernest Bevin und Dean Acheson in Washington besprochen[28]. Deren Umsetzung, die sich über die folgenden vier Jahre erstreckte, entwickelte sich allerdings zu einem veritablen Desaster. Die meisten der albanischen Exilanten, die mit dem Fallschirm über Alba-

[22] RC (16) 48 vom 25. November 1948; PRO, FO 371/71687.
[23] Bethell, Great Betrayal, S. 9.
[24] Ebenda, S. 38.
[25] Vgl. den Bericht des Militärattachés in Athen, 26. März 1949; Service Historique de l'Armée de Terre Château de Vincennes, Vincennes, Paris (im folgenden: SHAT), Akte „Grèce", No. 56.
[26] FRUS 1949/V, S. 12f.
[27] Bethell, Great Betrayal, S. 57, S. 183f.
[28] FRUS 1949/VI, S. 415.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nien absprangen, wurden sofort entdeckt, noch an Ort und Stelle umgebracht oder verhaftet. Dieser Fehlschlag ist zum Teil auf den Dilettantismus in der Ausführung des Planes zurückzuführen[29], zum Teil auf angloamerikanische Rivalitäten, die eine effektive Koordination oft erschwerten[30], vorwiegend aber auf die Tatsache, daß einer der vier Organisatoren der Operation der sowjetische Agent Kim Philby gewesen ist; er vertrat den britischen Geheimdienst (SIS). Philby informierte seine Kontaktleute offensichtlich genauestens über alle Bewegungen. Die Operation zog sich bis Ende 1953 hin, doch sie fand bereits von Anfang 1950 an nur noch beschränkte Unterstützung durch das britische Foreign Office und das State Department. Dort bestand die Befürchtung, den eben beendeten Bürgerkrieg in Griechenland durch Aktivitäten in Albanien erneut zu entfachen bzw. Stalin einen Vorwand für Militäraktionen gegen das benachbarte Jugoslawien zu liefern[31]. Auf die Festnahme der nach Albanien eingeschleusten Exilanten folgten dort Säuberungen und Schauprozesse, die jegliche Hoffnung auf die Etablierung von Widerstandsbewegungen auslöschten[32].

Ein Kommentar Kim Philbys beleuchtet den Grundirrtum des ganzen Projekts: Nach der Auffassung des Agenten hätte der Einsatz von Exilanten allenfalls dann Aussicht auf Erfolg haben können, wenn das Land vor Unzufriedenheit geradezu gebrodelt hätte. Philby wies darauf hin, daß die Albanier, die von den westlichen Geheimorganisationen in ihr Heimatland eingeschleust wurden, nirgendwo mit offenen Armen aufgenommen wurden[33]. Nun könnte man diese Bemerkung gewiß als einen besonders boshaften Kommentar ansehen, denn Philby hatte schließlich selbst maßgeblich für deren schrecklichen Empfang gesorgt. Im Kern war seine Analyse aber durchaus zutreffend. Es gab tatsächlich keinerlei Anzeichen von Bereitschaft oder gar eine manifeste Neigung zu einem Massenaufstand in Albanien[34]. Die falsche Annahme der beiden westlichen Geheimdienste war zum Teil auf das Fehlen von Informationen aus erster Hand, auf zweifelhafte Gerüchte und auf Wunschdenken zurückzuführen. Weder die Briten noch die Amerikaner hatten damals diplomatische Berichterstatter im Lande, sondern mußten sich ganz auf französische Berichte verlassen.

Andererseits war im Weltbild der Regierungen in London und Washington die Vorstellung tief verwurzelt, in Albanien herrsche lebhafte Unzufriedenheit und es existiere dort eine anti-kommunistische Fünfte Kolonne, die vielleicht sogar die Mehrheit der Bevölkerung umfasse: Man war davon überzeugt, es dränge die Bevölkerungen in Stalins Einflußbereich geradezu zu einem Aufstand. Walter Bedell Smith, zunächst amerikanischer Botschafter in Moskau und später Chef der CIA

[29] Bethell, Great Betrayal, S. 127 ff.

[30] Ebenda, S. 99. S. auch Kim Philby, My Silent War, New York 1968, S. 161.

[31] Vgl. FRUS 1950/IV, S. 365 f.

[32] Wie Anm. 29.

[33] Philby, Silent War, S. 62.

[34] In den Berichten der französischen Botschaft in Tirana gibt es keine Hinweise auf Widerstandsbewegungen; vgl. Ministère des Affaires Etrangères, Paris (im folgenden: MAE), Serien Z Europe und EU Europe.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(und damit mitverantwortlich für die „Befreiungs"-Organisationen), etwa beschrieb den Eisernen Vorhang „als einen Deich, der die schäumenden Strudel der aufgestauten Gefühle der Osteuropäer zurückhält"[35]. Bis zu einem gewissen Grad lebten die westlichen Regierungen in dem Glauben, für die meisten Menschen sei kommunistische Tyrannei schlimmer als der Tod. Es war diese Fehlperzeption, auf die Kim Philby hinwies: Nach den Verheerungen des Krieges war es wenig realistisch anzunehmen, daß eine Mehrheit der Bevölkerung, die vielfach nur das nackte Leben gerettet hatte und oftmals noch immer von Hungersnot bedroht war, darauf aus sein könnte, sich in neuerliche ungewisse Abenteuer zu stürzen.

Eine weitere Operation, über die uns Genaueres bekannt ist, hat Züge des Tragikomischen. Im Juni 1948 wurde die Kommunistische Partei Jugoslawiens aus dem kommunistischen Kontrollverband, der Kominform, ausgestoßen. Das hatte eine komplizierte Vorgeschichte, die sich vereinfachend dahingehend zusammenfassen läßt, daß Tito eine nach Stalins Auffassung zu radikale Außenpolitik betrieben hatte. Tito hatte ein naives Unverständnis für die Befehle Stalins gezeigt, die Hilfe für die griechischen Kommunisten im Bürgerkrieg gegen die königliche Regierung einzustellen; die Westmächte sollten nicht zu schwerwiegenden Gegenmaßnahmen provoziert werden. Stalin bestrafte den uneinsichtigen jugoslawischen Führer mit Ausschluß aus der Kominform, und zwar in der Hoffnung, daß dieser Schritt eine Palastrevolution der jugoslawischen Führung auslösen würde. Die Führungsspitze hielt jedoch weitgehend zusammen und stellte sich hinter den bestürzten Tito, der zunächst nur unaufhörlich beteuern konnte, man habe sich in Moskau geirrt, er und seine Partei hätten das reinste Gewissen[36].

Die Westmächte ihrerseits hatten diese Vorgänge nun ebenfalls gründlich mißverstanden. Von der Annahme ausgehend, Stalins Herrschaft sei für die kommunistischen Regierungen Osteuropas sogar eine noch größere Quelle des Unbehagens als politischer Einfluß der Westmächte, glaubten diese, Tito habe aus freien Stücken mit Stalin gebrochen[37]. Allgemein fehlte im Westen das Verständnis für das simple Faktum, daß die osteuropäischen Regierungen (mit Ausnahme derer in Belgrad und Tirana) ihre Stellung der Anwesenheit der Roten Armee verdankten. Ohne deren Präsenz hätten sie kaum eine Chance gehabt, sich zu etablieren. Im übrigen waren die antikommunistische Propaganda der *Voice of America* und die westliche Kritik an der Durchführung der Wahlen dort nicht dazu angetan, den osteuropäischen Regierungen die Zusammenarbeit mit dem Westen als eine Alternative zur Bindung an Moskau nahe zu bringen[38].

---

[35] Walter Bedell Smith, Mission to Moscow, 1946–1949, London 1950, S. 179.

[36] Erst ein Jahr später, aus der Notwendigkeit heraus, die eigene Glaubwürdigkeit gegenüber ihrer Partei zu verstärken, entwickelte die jugoslawische Führung eine Kritik an Stalins Regime, die schließlich weit über den Vorwurf hinausging, sich in Tito getäuscht zu haben. S. Beatrice Heuser, Perceptions of the Tito-Stalin-Split, in: The South Slav Journal, X/3, Herbst 1987.

[37] Ebenda.

[38] Diese Hoffnung ist ausgesprochen in NSC 18/2 vom 17. Februar 1949; United States National Archives, Washington, D.C. (im folgenden: USNA), NSC Documents.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vor dem Hintergrund ihrer Fehlinterpretationen beschlossen die Regierungen in Washington und London unmittelbar nach Bekanntwerden des Tito-Stalin-Zerwürfnisses, den jugoslawischen Staatschef gegen den sowjetischen Diktator zu unterstützen, falls dies erforderlich werden sollte. Als Alternative zu Tito konnte man sich im Westen nur eine von Stalin noch viel abhängigere Figur vorstellen. Beide Außenministerien gingen davon aus, daß etwa ein Versuch, die Regierung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens zu stürzen, der UdSSR nur den begehrten Vorwand für eine militärische Intervention liefern würde[39]. Darüber hinaus glaubte man, die behutsame Unterstützung Titos würde auf lange Sicht auch andere osteuropäische Regierungen dazu ermutigen, ihrerseits Stalins Herrschaft abzuschütteln. Dieses politische Konzept gegenüber Jugoslawien wurde Anfang Juli 1948 vom amerikanischen *National Security Council* angenommen und von Truman bestätigt[40]. Es bildete die Grundlage der jahrelangen Wirtschafts- und Militärhilfe der Vereinigten Staaten für Tito. Mit der prinzipiellen Bereitschaft, antistalinistische, aber nichtsdestoweniger kommunistische Regime zu unterstützen, war ein neues Element der „Befreiungspolitik" geboren. Mit diesem Schritt taten die USA zugleich aber einen Schritt fort von einer rein ideologischen Begründung amerikanischer Außenpolitik, die die Welt zur Freiheit, zur Respektierung der Menschenrechte und zum Frieden bekehren wollte.

Die Entscheidung des NSC und des amerikanischen Präsidenten, Tito zu unterstützen, hinderte die CIA nun allerdings nicht daran, ein halbes Jahr später zu versuchen, Titos Regierung zu stürzen. Die CIA begann damit, monarchistische Flüchtlinge nach Jugoslawien einzuschleusen, vorwiegend serbische Chetniki, die im Zweiten Weltkrieg einen erbitterten Bürgerkrieg gegen Titos Partisanen geführt hatten[41]. Diese Männer waren ausgerechnet in amerikanische Luftwaffenuniformen gesteckt worden, und es scheint, daß sie – ähnlich wie die unglücklichen Albanier in ihrer Heimat – sofort von der Geheimpolizei gefangengenommen und in ein Konzentrationslager verbracht worden sind. Der Transport dorthin ging über den Belgrader Hauptbahnhof, wo einige von ihnen auch als ehemalige Chetnik-Führer erkannt wurden. Diplomaten der französischen Botschaft, die davon erfuhren, fragten bei ihren verwunderten amerikanischen Kollegen an, was diese Vorgänge zu bedeuten hätten[42].

Der amerikanische Botschafter in Belgrad, Cavendish Cannon, der erst jetzt von der CIA-Operation erfuhr, war entsetzt. Ende Januar 1949 machte er dem State Department nachdrücklich deutlich, die Idee, Titos Fall könne die Bedingungen für eine repräsentativere und mehr zum Westen hin orientierte jugoslawische Regierung schaffen, solle ein für alle Mal begraben werden. Moskau würde eine Schwächung Titos vielmehr sofort dazu ausnützen, um militärisch zu intervenieren[43]. Vermutlich

[39] Vgl. die Berichte G. T. C. Campbells aus Belgrad von Juni/Juli 1948; PRO, FO 371/72579 und FO 371/72583.

[40] Vgl. FRUS 1948/IV, S. 1079 ff.

[41] Batemans Anmerkung vom 17. Februar 1949; PRO, FO 371/78715, R 2160.

[42] Militärattaché in Belgrad an das Verteidigungsministerium, 14. Januar 1949; SHAT, Yougoslavie, Relations Extérieures.

[43] FRUS 1949/V, S. 858 f.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus Sorge, daß seinem Appell kein Gehör geschenkt würde, informierte Cannon auch seinen britischen Kollegen von dem Vorfall; dabei hielt er mit seiner eigenen Meinung dazu nicht hinter dem Berg. So fand die Intervention Cannons ihren Weg nach London, wo bis zu Außenminister Bevin hinauf einstimmig „dieses idiotische amerikanische Benehmen" gerügt wurde, das die CIA sich leiste. Bevin schloß sich Cannon's Appell an die Washingtoner Regierung an, sofort die CIA-Operationen in Jugoslawien einzustellen[44]. Es hat den Anschein, als habe die CIA sogar ohne Wissen des *National Security Council* und des Präsidenten gehandelt[45]. Der vermutlich erste Versuch, „Befreiungspolitik" zu praktizieren, endete auf eine Art und Weise, die für diese Politik bezeichnend war.

1950 begann der Koreakrieg, der tiefgreifende Wirkung auf die westliche Perzeption der sowjetischen Bedrohung hatte. Wiederum ist nicht entscheidend, ob Stalin den Angriff Nordkoreas auf Südkorea tatsächlich befohlen oder ihn zumindest bereitwillig zugelassen hatte, sondern, daß dies im Westen allgemein angenommen wurde[46]. Der Angriff auf Südkorea erfolgte, als westliche Geheimdienste gerade eine in Zukunft erhöhte Aggressionsbereitschaft der Sowjetunion vorausgesagt hatten. Der Angriff schien diese Prognose auf das eindrucksvollste zu bestätigen[47]. Außerdem nahmen die wichtigsten Entscheidungsträger in den USA, Großbritannien und Frankreich an, der Koreakrieg sei vielleicht nicht gerade der erste Schritt zu einem Weltkrieg, aber wahrscheinlich doch der erste Schritt in einer Serie weltweiter expansionistischer Bewegungen[48]. Im Westen war man davon überzeugt, daß dieser Krieg eine neue Phase sowjetischer Außenpolitik einleite[49]. So wurden Attacken auf Finnland, die Bundesrepublik, Jugoslawien, Griechenland oder den Iran befürchtet[50].

Bekanntlich reagierten die Partner im NATO-Bündnis mit verstärkter Aufrüstung und mit der Gründung der eigentlichen nordatlantischen Militär-Organisation[51]. Pläne für die Militarisierung des Bündnisses hatten zwar schon vor dem Koreakrieg in den amerikanischen und britischen Planungsgremien existiert[52], aber es ist zwei-

---

[44] Anmerkungen von Bateman, Sargent, Roberts, sowie Telegram No. 2057 des Foreign Office nach Washington; PRO, FO 371/78715, R 2160/10345/92 G.

[45] Vgl. FRUS 1948/IV, S. 1079 ff., sowie NSC 18/2 vom 17. Februar 1949; USNA, NSC Documents.

[46] NS 1052/68 vom 1. Juli 1950: „The Soviet Union and Korea", vgl. auch den Bericht der französischen Botschaft in Moskau vom 3. Juli 1950; MAE, EU 31-9-1, Bd. 47. PRO, FO 371/86756. S. auch Dean Acheson, Present at the Creation, London 1969, S. 304; Rosemary Foot, The Wrong War, Ithaka 1985, S. 58 f. Zum Folgenden auch Heuser, Western Containment, Kap. 5.

[47] Robert Jervis, The Impact of the Korean War on the Cold War, in: Journal of Conflict Resolution XXIV/4 (Dez. 1980), S. 580.

[48] Vgl. z. B. FRUS 1950/I, S. 361.

[49] Charles Bohlen, Witness to History, 1929–1969, New York 1973, S. 292.

[50] Harry S. Truman, Memoirs, Bd. 2: Years of Trial and Hope, London 1956, S. 359; PRO, DEFE 7/743 Item 39 vom 18. Juli 1950.

[51] Robert Osgood, NATO – the Entangling Alliance, Chicago 1962, S. 68 ff.

[52] Ebenda, S. 70; Etzold/Gaddis, Containment, S. 389, S. 442; Warner Schilling, Paul Hammond, Glenn Snyder, Strategy, Politics and Defence Budgets, New York 1962, die Artikel von Schilling und Hammond; Samuel Wells, Sounding the Tocsin, NSC 68 and the Soviet Threat, in: International Security IV/2 (Herbst 1979), S. 116 ff.; John Lewis Gaddis, NSC 68 and the Problem of Ends

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

felhaft, ob sie hätten verwirklicht werden können, wenn die nötige Zustimmung zur Steigerung der Verteidigungsausgaben den Parlamenten nicht unter dem Schock des Kriegsausbruchs in Korea hätte abgerungen werden können[53]. Damals herrschte, was die Verstärkung der defensiven Maßnahmen gegen die Sowjetunion anlangte, jedenfalls Übereinstimmung bei den NATO-Partnern.

Allerdings entstanden bald Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die von den Vereinten Nationen beschlossene gemeinsame Verteidigung Südkoreas (die vom amerikanischen General MacArthur geleitet wurde) aussehen sollte und welche Risiken der Eskalation dabei in Kauf genommen werden konnten. Die Briten und die Franzosen sahen MacArthurs Strategie als unnötig provozierend gegenüber Maos junger Volksrepublik an, die auch prompt auf der Seite Nordkoreas in den Krieg eintrat[54]. Trumans öffentliche Erklärung, die USA würden dem Gebrauch der Atombombe nicht von vornherein abschwören, die in Westeuropa regelrechte Schockwellen auslöste, wurde gleichfalls als unnötig provozierend angesehen[55].

Der französische Botschafter in Moskau, Yves Chataigneau, diagnostizierte seinerseits die Angst der UdSSR vor einer feindlichen Einkreisung, einer Empfindung, der die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in die NATO wohl Nahrung gegeben habe. Er hatte auch den Eindruck, Moskau fühle sich durch das Aufrüstungsprogramm der NATO direkt bedroht[56]. In London löste die riskante Fernostpolitik Trumans und MacArthurs sogar bei dem großen Architekten der amerikanischen Bindung an Europa, Ernest Bevin, und bei Premierminister Clement Attlee Überlegungen darüber aus, ob die Vereinigten Staaten etwa einen generellen Ost-West-Konflikt provozieren wollten. Beide Politiker machten sich Gedanken darüber, wie die Amerikaner wohl zu „bremsen" seien[57]. Mit dieser bemerkenswerten Entfremdung zwischen der Labour-Regierung und der Truman-Administration, deren Ostpolitik noch im Jahr zuvor beinahe identisch gewesen war, begann die entscheidende Phase des Zerfalls der *special relationship*, des besonders engen Verhältnisses zwischen Washington und London[58].

Zusätzlich zu ihrer risikoreichen Koreapolitik und zur Aufrüstung leiteten die Vereinigten Staaten nun nämlich auch eine Intensivierung ihrer „Befreiungspolitik" ein. Auch für deren Ausweitung hatte es bereits vor dem Kriegsausbruch in Korea

---

and Means, in: International Security IV/4 (1979/1980), S. 164 ff.; Kenneth Morgan, Labour in Power, 1945–1951, Oxford 1984, S. 424; Kenneth Harris, Attlee, London 1982, S. 455.

53 Wie vorige Anm.

54 S. z. B. Note de la Sous-Direction d'Europe Orientale, 31. August 1951; MAE, EU 33-20-5, Généralités, vol. 95. Ebenso das Memorandum vom 31. August 1951; EU 31-9-1, vol. 48.

55 Vgl. Bullock, Bevin, S. 791; Peter Lowe, The Origins of the Korean War, London 1986, S. 206 ff.

56 Bericht der französischen Botschaft in Moskau vom 30. März 1951; MAE, EU 31-9-1, vol. 48; s. auch den Bericht vom 22. Oktober 1951, ebenda.

57 Vgl. das Papier F 10345/2 G vom 3. Januar 1951 (PRO, FO 371/92067) und das Dokument PM/51/4 vom 12. Januar 1951 (PRO, PREM 8/1439); Michael Dockrill, The Foreign Office, Anglo-American Relations and the Korean War, in: International Affairs LXII/3 (1986), S. 459 ff.

58 Roger Morgan, The Transatlantic Relationship, in: Kenneth Twitchett (Hrsg.), Europe and the World, London 1976.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

amerikanische Pläne gegeben. Ihre Bestätigung durch Truman verdankten sie der Schockwirkung des Angriffs auf Südkorea[59]. Am 15. Januar 1951 forderten die amerikanischen Stabschefs die Regierung nicht nur zur Wiederaufrüstung auf, sondern auch zu einem „koordinierten und integrierten Kreuzzug gegen den vom Kreml beherrschten Kommunismus überall in der Welt" sowie zu einem „umfassenden Programm psychologischer Kriegsführung, einschließlich ‚special operations'". Wie wir gesehen haben, war „special operations" der gebräuchliche Euphemismus für subversive Geheimdienstoperationen. Der Ausdruck „Kreuzzug", so wurde erklärt, sei im Sinne einer „energischen und aggressiven Unternehmung zur Förderung einer Idee oder eines Anliegens" gemeint[60].

Der *National Security Council* nahm diese auch noch an anderer Stelle vorgebrachte Empfehlung als NSC 100 an, und die subversiven Maßnahmen, die aus den Jahren vor dem Koreakrieg datierten, wurden ausgeweitet. Zusätzlich zur *Voice of America* wurde im Oktober 1951 *Radio Free Europe* eröffnet. Dessen Präsident, C. D. Jackson, erklärte unverblümt, seine Station habe das Ziel, „Aufruhr in den Ländern [zu] schaffen, die unsere Sendungen empfangen". General Lucius D. Clay beschrieb die Aufgabe von *Radio Free Europa* damit, jenen Menschen „den Tag der Befreiung vorbereiten zu helfen, die hinter dem Eisernen Vorhang gefangen sind"[61]. Im Juli 1951 wurde von der amerikanischen Regierung ein Ausschuß für Psychologische Kriegsführung geschaffen, der Propaganda und andere Aktivitäten effektiver koordinieren sollte. Der *Mutual Security Act* von Mai 1951 stellte weitere amerikanische Gelder bereit, um Oppositionsgruppen im sowjetischen Machtbereich zu unterstützen. In der zweiten Jahreshälfte wurde auch jene CIA-Sektion stark ausgebaut, deren Aufgabe es war, solche Aktivitäten zu koordinieren. Im folgenden Jahr wurde das *Office for Special Operations* mit dem *Office for Policy Coordination (OPC)* verschmolzen. 1949 hatte das OPC eine Personalstärke von 302 Mitarbeitern gehabt, 1952 waren es allein in den USA 2812 Mitarbeiter, im Ausland 3142[62].

Ebenfalls mit Hilfe dieser nun bereitgestellten Gelder wurden Emigranten-Gruppen in militärischen Einheiten organisiert[63]. Die wichtigste von ihnen, die unter dem polnischen General Wladislaw Anders, nahm für sich in Anspruch, insgesamt 6.250.000 Mann hinter dem Eisernen Vorhang mobilisieren zu können; die Emigrantengruppen selbst zählten ungefähr 239000 Mann, darunter Polen, Bulgaren, Ungarn, Rumänen und Tschechen. Man ging dabei von den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und des Koreakrieges aus, wo sich gezeigt hatte, daß aus Emigranten bestehende Kadergruppen rasch zu größeren Kampfverbänden umgeformt werden konnten, indem Flüchtlinge aus den umkämpften Gebieten integriert wurden.

---

59 Vgl. NSC 68 vom April 1950; s. Etzold/Gaddis, Containment, S. 434 f., S. 440.

60 Vgl. FRUS 1951/I, S. 63.

61 Kovrig, Myth of Liberation, S. 93 ff.

62 Vgl. US Senate, 94th Congress, 2nd session, Report No. 94–755, Supplementary Detailed Staff Reports on Foreign and Military Intelligence, Book IV, „Final Report of the Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities", von Anne Karalekas, S. 31 f.

63 Yurechko, From Containment, S. 65 f., S. 90 ff., S. 128, S. 300.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

General Anders selbst hatte im Zweiten Weltkrieg polnische Emigranten auf alliierter Seite gegen die Achsenmächte ins Feld geführt. In den USA wurde nun sogar daran gedacht, die Truppen von General Anders als eine Art internationale Brigade dem NATO-Befehlshaber in Europa (SACEUR) zu unterstellen[64].

In das Jahr 1951 fielen auch die Versuche, in der Ukraine, im Baltikum und im Kaukasus Unabhängigkeitsbewegungen in Gang zu setzen, die die Sowjetunion von innen heraus aufspalten sollten. Von diesen Operationen wissen wir wenig, aber es ist sicher, daß sie gänzlich erfolglos blieben[65]. Die größte Zahl von Agenten und umstürzlerischen Gruppen wurde allerdings in Fernost eingesetzt. Deren Aktivität in den Turbulenzen des Koreakrieges bestand vorwiegend aus paramilitärischen Operationen auf dem chinesischen Festland, die bis in die Nixon-Ära hinein ihre Fortsetzung fanden[66].

Die Franzosen waren von der Ausweitung der amerikanischen „Befreiungspolitik" in den Jahren 1951/1952 wenig begeistert. Selber hatten sie wohl nie eine solche Politik entwickelt, und es ist fraglich, ob sie über die Maßnahmen der USA und Großbritanniens immer voll ins Bild gesetzt worden sind. Am 31. August 1951 äußerte die Osteuropa-Abteilung des Quai d'Orsay die Ansicht, es sei gefährlich, die Zahl der Rebellen in Osteuropa zu vergrößern: Die Rebellen „bringen unter den gegenwärtigen Umständen zu große Risiken für die, die sich zu einem Aufstand erheben würden. In diesem Sinne können die letzten Interventionen von ‚Free Europe' als unglücklich, unnütz und gefährlich angesehen werden. Auf ein versklavtes Land Traktate loszulassen, die verkünden, daß die Stunde der Befreiung nah sei, ist [...] zur gegenwärtigen Stunde eine Unehrlichkeit [...] Derzeit sind wir weder moralisch noch physisch bereit, in den kommenden Monaten den ‚Anti-Stalinistischen Kreuzzug' zu beginnen, den ‚Free Europe' zu prophezeien scheint." Die Abteilung schlug vor, die französische Regierung solle die Aufmerksamkeit der Amerikaner auf die Gefahren lenken, denen „wir die Völker der Vasallenstaaten der Sowjetunion aussetzen, indem wir sie vorzeitig dazu aufstacheln, das Joch abzuschütteln, das auf ihnen liegt". Schließlich sei das Nordatlantik-Bündnis „auf *defensiver* Basis begründet worden, es sollte seiner Bestimmung treu bleiben"[67].

Der Leiter der Europaabteilung, François Seydoux, stimmte diesem Memorandum zu. Er befand, daß es von größter Bedeutung für die Sicherheit des NATO-Gebietes sei, daß die Bevölkerung Westeuropas den Willen habe, einem sowjetischen Angriff Widerstand entgegenzusetzen. Das würde aber nur dann der Fall sein, wenn sich diese ganz und gar mit dem identifiziere, wofür die NATO stehe, und wenn „die öffentliche Meinung [in Westeuropa] davon überzeugt sei, daß Moskau die volle Verantwortung für den Krieg trage". Seydouxs Abteilung sah durchaus, daß „die Regierung der Vereinigten Staaten [...] die Hauptverantwortung bei der

[64] Memorandum von François Seydoux vom 20. August 1951; MAE, EU 33-20-5, Généralités 95, VII.

[65] Rositzke, Americas Secret Operations, S. 335 f.; Philby, Silent War, S. 163 f. S. auch Chataigneau's Note für den Präsidenten vom 20. Januar 1953 bezüglich der Aktivitäten in der Ukraine und dem Kaukasus; Archives Nationales, Paris, Archives Bidault, 457 AP 48.

[66] Karalekas, Final Report, S. 36.

[67] Memorandum vom 31. August 1951; MAE, EU 33-20-5, Généralités 95, VIII.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bestimmung der Politik der Koalition" trage. Daraus folge aber, daß die NATO nur dann die Unterstützung der Öffentlichkeit in Westeuropa – des strategisch wichtigsten Gebietes des Bündnisses im Konfliktfall – besitze, wenn sich nicht nur die NATO in ihrer ganzen Haltung, sondern auch die Außenpolitik der USA durch ein gewisses Maß an Integrität auszeichne[68].

Es förderte das Verhältnis zwischen den Bündnispartnern also nicht, daß der Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Dwight D. Eisenhower, und sein künftiger Außenminister, John Foster Dulles, die Befreiung Osteuropas zu einem Hauptpunkt ihres Wahlprogrammes machten. (Daß ihre Politik in der Sache dann wenig von der Trumans abwich, ist hier unerheblich[69].) Mitte Februar 1953 beklagte sich die Osteuropaabteilung des Quai d'Orsay jedenfalls über die amerikanische Politik: „Bis jetzt erscheint sie eher rhetorisch als real. Deswegen ist sie aber nicht weniger gefährlich. Sie hat viel stärkere Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in den atlantischen Ländern als auf jene in den Satelliten der UdSSR. Wenn sich das Zurückdrängen *[roll-back]* ohne Krieg erreichen läßt, mag es ja gut sein, aber falls das nicht so ist und man dauernd davon redet, wird es die Einheit der [nordatlantischen] Allianz zutiefst erschüttern."[70] Diese Unzufriedenheit mit der amerikanischen Politik gegenüber dem sowjetischen Machtbereich ist insofern beachtenswert, als sie einiges zu der französischen Kritik an der Abhängigkeit der eigenen Außenpolitik von den USA beisteuerte, die ein Jahrzehnt später zum Austritt Frankreichs aus der NATO führen sollte. Doch es waren nicht nur die Franzosen, die sich wegen der verstärkten amerikanischen „Befreiungspolitik" Sorgen machten. Der Staatssekretär im Foreign Office, Sir William Strang, war im Januar 1951 ebenfalls bestrebt, „die Amerikaner von einem unklugen und gefährlichen Kurs abzubringen"[71]. Ebenso wie die Franzosen wollten die Briten jetzt alles vermeiden, was der sowjetischen Regierung den Eindruck vermitteln konnte, es stehe ein westlicher Angriff bevor. Obwohl Großbritannien im Gegensatz zu Frankreich selbst eine „Befreiungspolitik" entwickelt hatte, war London mittlerweile nicht mehr glücklich darüber; Geheimdienst-Operationen im sowjetischen Machtbereich erschienen der Regierung nun untunlich. Vielleicht markiert die Rückkehr Churchills und Edens an die Macht Ende 1951 den Wendepunkt im britischen Denken. Voraus ging ein Wandel der Einstellung im Foreign Office, wo die Konsequenzen einer so riskanten „Befreiungspolitik" zunehmend stärkere Befürchtungen auslösten[72]. Auch das trug zur Störung der Harmonie zwischen London und Washington bei.

---

[68] Papier vom 23. August 1951; MAE, EU 31-9-1, vol. 48.

[69] Yurechko, From Containment, S. 134 ff.; Michael Guhin, John Foster Dulles, New York 1972, S. 155 ff.

[70] MAE, EU 31-9-1, vol. 50, ohne Nummer, 18. Februar 1953.

[71] Memorandum F 10345/2 G vom 3. Januar 1951; PRO, FO 371/92067.

[72] Die Briten zogen sich aus der albanischen Affaire Anfang 1952 zurück, nachdem die Konservative Partei wieder an die Regierung gekommen war. Es gab für diesen Rückzug auch andere Gründe, z. B. das Mißtrauen der CIA Kim Philby gegenüber und der mangelnde Erfolg der Operation; vgl. Bethell, Great Betrayal, S. 180 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Washington bestand zu dieser Zeit die Befürchtung, die Wiederkehr Churchills und Edens könne die Restauration der Interessensphären-Politik von 1944 bedeuten. Am Vorabend des Besuches von Churchill und Eden in den USA, im Januar 1952, warnte ein Bericht des amerikanischen Vorbereitungskomitees davor, die Briten – von einem größeren Optimismus hinsichtlich der sowjetischen Absichten beseelt – könnten Übereinkünfte mit dem Sowjet-Block in der Tradition ihrer Interessensphären-Politik womöglich für wünschenswert halten. Das Komitee prophezeite, die Briten würden unter Churchill und Eden vermutlich wieder dazu neigen, den status quo in Osteuropa hinzunehmen. Sie würden sich wohl auch gegen subversive Operationen aussprechen, die die Spannungen zwischen Ost und West erhöhen oder den Kreml gar zu einem Angriffsakt provozieren könnten. Das sei in den Augen der Briten die Kehrseite einer langfristigen Schwächung der Sowjetunion durch „politische Kriegsführung"[73].

Es ist nicht klar, ob Churchill und Eden diesen Punkt während ihres Besuches zur Sprache brachten, aber das Foreign Office hegte weiterhin Sorgen wegen der amerikanischen „Befreiungspolitik". Eine Analyse des britischen Außenministeriums für Eden vom 25. August 1952, die sich mit einer Wahlrede Eisenhowers über die „Befreiung Osteuropas" befaßte, sagte klar, daß solche Äußerungen falsche Hoffnungen unter den betroffenen Völkern erweckten. Andererseits wollte das Foreign Office durchaus nicht den Anschein erwecken, Großbritannien nehme die diktatorischen Regime in Osteuropa, die so eindeutig unter Moskaus Herrschaft standen, widerspruchslos hin; das müsse die Osteuropäer allzusehr entmutigen[74]. Die Vorstellung von einem weltweiten ideologischen Kampf war nicht mehr ganz aus dem britischem Denken zu verdrängen, nachdem es dort einmal seinen Einzug gehalten hatte.

Churchill, wieder an der Regierung, steuerte seinen alten Kurs der Verhandlungspolitik. Er glaubte auch weiterhin an die Vorzüge einer direkten Aussprache mit Stalin. Es ist in Anbetracht der sowjetischen Zurückhaltung gegenüber Griechenland nach 1944 nicht ganz von der Hand zu weisen, daß dies eine Form und eine Ebene der Verhandlung war, die auch von Stalin ernst genommen wurde. Doch aus dem von Churchill angestrebten Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Führer wurde nichts mehr[75]. Nach dem Tod Stalins im März 1953 schien es den Briten besonders einleuchtend zu sein, daß die Fortsetzung der „Befreiungspolitik" einer Verbesserung der Beziehungen zum noch unsicheren Nachfolgeregime in der UdSSR hinderlich sein müsse. Am 3. Juli 1953 wies der Außenminister, Lord Salisbury, das britische Kabinett auf die gefährliche Neigung der Amerikaner hin, „to interpret the situation behind the Iron Curtain as already very shaky and therefore to advocate the early liberation of the satellite countries. The last thing we want to do is to bait the Rus-

[73] Zit. bei Carlton, Eden, S. 331.

[74] Memorandum WY 1052/38 G vom 11. September 1952; PRO, FO 371/102180.

[75] Carlton, Eden, S. 331 ff.; John Young, Churchill, The Russians and the Western Alliance: the three-power conference at Bermuda, December 1953, in: English Historical Review (1986), S. 889 ff.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sian and satellite Governments into taking measures against them [...] We must of course keep the spirit of freedom alive in Eastern Europe, but we should also counsel prudence and restraint." Daher wollte Salisbury, in Übereinstimmung mit Churchill und dem Kabinett, Dulles zu Verhandlungen mit der Sowjetunion auf höchster Ebene bewegen[76].

Dulles zeigte sich in den anschließenden Gesprächen mit Salisbury und dem französischen Außenminister Bidault verständnisvoll[77]. Das deutet auf eine vorübergehende Abschwächung der „Befreiungspolitik" auch auf Seiten der Amerikaner hin. Schon die letzten politischen Grundsatzformulierungen des *National Security Council* der Regierung Truman (beispielsweise jene vom August 1952) ließen vorübergehend einen vorsichtigen Ton im Hinblick auf gefährliche Reaktionen seitens der Sowjetunion anklingen, die durch die „Befreiungspolitik" provoziert werden könnten. NSC 141 vom Januar 1953 stoppte vorübergehend sogar den ständig wachsenden Strom der Gelder für Geheimoperationen, mit denen die Kontrolle der UdSSR über ihre Satelliten geschwächt werden sollte[78].

Für die Zeit nach dem Tod Stalins versiegen die ohnehin spärlichen Quellen zur westlichen „Befreiungspolitik" zusehends. Danach kann man Schlußfolgerungen fast nur noch indirekt ziehen und muß sich auf das Glatteis der *argumenta ex silentio* wagen. Unmittelbar nach ihrem Regierungsantritt im Januar 1953 haben Eisenhower und Dulles anscheinend zeitweilig Zurückhaltung walten lassen. Beispielsweise unterstützte die amerikanische Regierung in keiner Weise die Aufstände in der DDR und in Polen, die nach dem Tode Stalins ausbrachen und die eine gewisse Stimulanz wohl auch durch die über *Radio Free Europe* ausgestrahlten westlichen Versprechungen auf Unterstützung erfahren hatten. Im Falle des Aufstandes vom 17. Juni 1953 kommt noch hinzu, daß die USA sich trotz großer Pläne und vollmundiger Rhetorik nicht wirklich mit praktischen Planungen auf den Ernstfall eines solchen Aufstandes vorbereitet hatten. Die völlige Verwirrung, mit der Washington auf den Tod Stalins reagierte, zeigt schon, wie wenig man dort in der Lage gewesen wäre, tatsächlich Hilfsleistungen irgendwelcher Art zu organisieren. Damit erfüllten sich die französischen Prophezeiungen, nach denen leere Versprechungen Widerstandsgruppen in Osteuropa leicht zum Verhängnis werden konnten[79].

Das Ende des Jahres 1953 brachte allerdings eine Wiederbelebung des amerikanischen Bekenntnisses zur „Befreiungspolitik". Wiederum hieß es – in NSC 174 –, das amerikanische Ziel sei es, den sowjetischen Einfluß in Osteuropa zu beseitigen[80]. Auch dehnten die Vereinigten Staaten zur gleichen Zeit die Aktivitäten auf andere Regionen der Welt aus. So gab es beispielsweise 1954 Subversionsversuche in

[76] Papier C (53) 187 vom 3. Juli 1953; PRO, CAB 129/61. Anthony Seldon, Churchill's Indian Summer, London 1981, S. 396 ff., sowie Dokument C. C. (53) 39th vom 6. Juli 1953, Item 3; PRO, CAB 128/26.

[77] Papier C. C. (53) 44th vom 21. Juli 1953, Item 4; PRO, CAB 128/26.

[78] NSC 135/1 vom 15. August 1952, in: FRUS 1952–1954, Bd. II, S. 82 ff.

[79] Yurecho, From Containment, S. 217 ff.

[80] NSC 174 vom 11. Dezember 1953; USNA.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lateinamerika (Guatemala), die Operationen gegen die Volksrepublik China liefen vermutlich unvermindert fort[81]. Auch wurden weiterhin die Hoffnungen östlicher Unabhängigkeitsbewegungen auf Hilfe aus dem Westen wach gehalten, aber sie wurden – wie in der DDR 1953 – neuerlich enttäuscht: Die USA sahen untätig zu, als 1956 die ungarische Selbstbestimmungsbewegung von sowjetischen Panzern erdrückt wurde[82].

Man wird nicht sagen können, daß die anti-kommunistischen Operationen der USA vom Typ der „Befreiungspolitik" damit ihr Ende fanden, auch wenn wir keine klaren Anzeichen anhaltender Aktivitäten in Osteuropa haben. Die erfolglose und blamable Schweinebucht-Landung von 1961, die Invasion Kubas, war von der CIA nach dem gleichen Muster geplant worden wie die jugoslawischen und albanischen Operationen: Auch hier wurden Flüchtlinge aus dem kommunistisch regierten Land in ihre Heimat zurückgeschleust, um den vermeintlich bereits existierenden Widerstand zu organisieren, einen Aufstand anzufachen und die Regierung zu Fall zu bringen. Die sechziger Jahre sahen großangelegte paramilitärische Operationen dieser Art in Laos und Indochina. Sie wuchsen sich dort schließlich – endgültig das Feld der „covert activities" verlassend – zur Beteiligung regulärer amerikanischer Truppen am Vietnamkrieg aus. Nach Einsetzen des Tauwetters in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen seit Nixon verlagerte sich das Schwergewicht solcher Aktivitäten aus Ostasien zeitweilig nach Schwarzafrika. Etliche Projekte der USA in Lateinamerika fallen wohl noch heute in die Kategorie von „special operations" zur Bekämpfung des Kommunismus.

Im Rückbild auf die Jahre 1948 bis 1953 scheint es, als sei die „Befreiungspolitik" von falschen Voraussetzungen ausgegangen: Sie überschätzte das Ausmaß der Bereitschaft, das zu Lebzeiten Stalins in den sowjetisch kontrollierten Ländern Osteuropas in der Bevölkerung bestand, sich gegen die Herrschaft der Sowjetunion zu erheben. Nach dem Tode des „Bolschoj Vozhd" entwickelten sich tatsächlich gewisse Emanzipationsbewegungen dort. Da die USA letztlich aber zu keinem Zeitpunkt bereit waren, sich durch ernsthafte Unterstützung solcher osteuropäischer Bewegungen in eine direkte Konfrontation mit der UdSSR zu begeben und einen Weltkrieg zu riskieren, mußten sich jene Regimegegner und Rebellen, die auf die USA gezählt hatten, verraten fühlen. Subversive Aktivitäten wurden in Regionen verlagert, in denen ein direkter Zusammenstoß der Vereinigten Staaten mit der UdSSR nicht wahrscheinlich war. Doch es fiele schwer, sogar für jene Regionen ein Beispiel für einen amerikanischen Erfolg zu finden.

In ihrer Anwendung auf Osteuropa und dann auf Rotchina erschütterte die „Befreiungspolitik" spätestens von 1951 an den Zusammenhalt innerhalb der NATO. Das Bündnis war geboren aus einer den darin zusammengeschlossenen Staaten gemeinsamen Furcht vor einem kriegerischen Ost-West-Konflikt; durch eben dieses Verteidigungsbündnis sollte ein militärischer Zusammenstoß verhindert

[81] Karalekas, Final Report, S. 49.
[82] Kovrig, Myth of Liberation, Kap. 5.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden. Daher kam der Integrität der Politik der einzelnen NATO-Mitglieder gegenüber dem gemeinsamen Gegner – die unbedingt zu messen war an den Kriterien der Vereinten Nationen und des internationalen Rechts sowie an den Idealen, in deren Namen die Regierungen zu handeln erklärt hatten[83] – ein entscheidender Stellenwert für den Zusammenhalt des Verteidigungspaktes zu. So populär die „Befreiungspolitik" in den USA bei den Minoritäten osteuropäischer Herkunft gewesen sein mag, so unpopulär war eine derart provokante Politik der Führungsmacht bei den NATO-Partnern. Ihr Bekenntnis zum Bündnis war freiwillig gewesen und wurzelte in der Überzeugung, daß es einen friedensbewahrenden, nicht-offensiven Grundcharakter hatte. Gewannen die europäischen Partner den Eindruck, die Vereinigten Staaten trügen unmittelbar dazu bei, das Ost-West-Verhältnis zuzuspitzen, oder deren Kurs berge die Gefahr, sogar einen Krieg zu provozieren, so mußte dies den Zusammenhalt des Bündnisses ernstlich bedrohen. Die Erhaltung der Verteidigungsallianz mit Europa ist immer der Eckstein amerikanischer Außenpolitik gewesen[84]. Mit ihrer „Befreiungspolitik" haben die Vereinigten Staaten einige Zeit lang selber kräftig daran gerüttelt.

---

[83] Ninkovich, Diplomacy, S. 168 ff. Man denke auch an die Diskrepanz zwischen dem politischen Klima der McCarthy-Ära in den USA und deren Kreuzzug für die Meinungsfreiheit in den anderen Ländern der Welt.

[84] Westeuropa wurde als strategisch wichtigstes Gebiet für die Verteidigung der USA angesehen. Vgl. NSC 7 in: Etzold/Gaddis, Containment, S. 168, worin die Stärkung Westeuropas als wichtigste aller Maßnahmen bezeichnet wurde, die die USA zur Abwehr der kommunistischen Bedrohung treffen sollten.

Jahrgang 37 (1989), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte